

Datum: 16.12.2016 Uhrzeit: 11.10-12.30 Zimmernummer: 20

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Bern. Staats- und Verwaltungsrecht	Feller	<p>SV: Frau A wurde in einer FFE nach 426 ZGB nach Münsingen gebracht. Medikamentöse Zwangsbehandlung. Arzt B verabreicht falsches Medikament. A bekommt Schwindel, verletzt sich selbst => Berufsunfähigkeit.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Kann sie Ersatz gelten machen? 2. 100 ff. PG: Merkmale Staatshaftung 3. Subsidiär kommt Rückgriff 4. Fall nach Art. 103 I 5. Andere Rechtsgrundlage 6. Spezialgesetzliche Grundlage würde PG vorgehen 7. 454 ZGB? 8. 426 ZGB, 434 (medizinische Zwangsbehandlung). 100 PG, 454 ZGB, was ist anwendbar? 9. A sagt, machen sie etwas 10. Was ist Überlegung 11. Örtl. Zuständigkeit? 12. Ist es eine unerlaubte Handlung? 13. Rechtskräftiges Urteil, Bern muss 100 zahlen, will gegen Arzt Rückgriff nehmen 14. 72 III KESG beachten. Wie hat Kanton vorzugehen? 15. Devolutiveffekt von Rechtsmitteln 16. Auswirkung auf Rubrum? 17. MIP erlässt Verfügung, POM urteilt, das Urteil der POM wird weitergezogen 18. Einbruch des Devolutiveffekts 19. Nein 20. Nein, neue Verfügung der Vorinstanz 21. Unterschied Sach / Prozessentscheid 22. Ist das für alle Instanzen gleich? 23. Wieso diese Nuance? 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ist sie noch in Münsingen? (Antwort Feller: nein). Arzt kann das verfügen. Beschwerde, KESG, VRPG, Personalgesetz, Organisationsverordnung Münsingen, Gesundheitsdirektion. 2. Grundsätzlich haftet Staat und nicht Person, ausschliessliche Staatshaftung 3. Art. 102 4. Buchhalterin veruntreut Geld 5. Zivilrechtliche Anstellung des Arztes 6. Gesundheitsgesetz? (Antwort Feller: Nein), ah ZGB 7. Widerrechtliches Handeln, nur Kanton haftet 8. 100 PG, ah nein, 454 ZGB, 454 ZGB geht nach ZPO 9. Im KESG schauen: Art. 73 Klage beim Regionalgericht. Entscheiden ob ZPO oder VRPG 10. Weil Schaden meistens über OR geltend gemacht wird. Ist näher am Geschehen 11. ZPO, Münsingen, Art. 36 ZPO 12. 10 ZPO, hier keine natürliche Person, da Kanton. 10 I d ZPO: Gericht am Kantonshauptort Bern 13. 454 ZGB, ins PG schauen, 102 PG 14. VRPG, 73 IV KEsg. Kanton müsste an JKG gelangen, JKG erlässt Verfügung 15. Neues Urteil der Rechtsmittelinstanz ergeht. Urteil tritt anstelle des alten Urteils. 16. Vorinstanz wäre aufgeführt 17. 18. Einsprache 19. kassatorisch 20. 21. Rechtsmittelinstanz kann kassatorisch und reformatorisch entscheiden 22. art. 72 VrpG, im internen reformatorisch. Reformatorisch ist unterschiedlich formuliert 23. Vorinstanz ist näher an der Sache.

Datum: Uhrzeit: Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Strafprozessrecht	Zuberbühler	<p>SV: Mitteilung nach Art. 318 stopp. Vertreten wird Privatklägerin. Ihre Mitarbeiterin hat CHF 80'000 veruntreut. Sie hat Zivilklage gestellt.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Was besprechen sie mit der Klientin? 2. Was bedeutet Vormerken? 3. Was für Möglichkeiten im Strafbefehlsverfahren? 4. Kann gegen Mitteilung etwas unternommen werden? 5. Deliktsbetrag von 50000 im Strafbefehl anerkannt. Was sind die Vorteile im Strafbefehlsverfahren 6. Könnten sie eine ausformulierte Zivilklage in einem Strafbefehlsverfahren einreichen 7. Verfahren ist über 3 Jahre gelaufen. PK will Verfahren abschliessen. Was gibt es? 8. Muss PK am Verfahren aktiv teilnehmen? 9. PK will nicht weiterziehen. Was passiert mit Zivilklage? 10. Neuer Sachverhalt: Bei Einsatz Polizei, Schussabgabe von Polizist. Unbeteiligter Dritter wird verletzt. Sie sind Sta 11. Wie kommen sie zum Namen des Polizisten? 12. Ist Einsatzleiter verpflichtet, Personalien bekannt zu geben? 13. Kann Polizeikommandant Herausgabe des Namens verweigern? 14. Wie ist Verhältnis von Polizei und Sta? 15. Kann Sta Weisung erlassen, Namen herauszugeben? 16. Sehen sie ein Problem? 17. Was hat Sta für Möglichkeiten, nach Eröffnung Ermittlung anzufordern? 18. Wie kann man sich gegen Verletzungen der Persönlichkeit wehren 19. Prozessuale Möglichkeiten (Polizeikommandant schützt Polizist) 20. Kann Polizeikommandant dem Polizisten Anonymität zusichern? 21. Anonymität gilt gegenüber Dritten und nicht gegenüber den Strafverfolgungsbehörden 22. Neuer Fall: Mörgeli-Rizmann. R wurde vorgeworfen, sie habe Journalisten Dokumente zugespielt. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verfahren wird teilweise eingestellt. Gegen Einstellung vorgehen. Forderung auf Zivilweg verweisen. 2. Man hat Schuldanererkennung 3. Keine anderen Möglichkeiten 4. Privatklägerin kann Einsprache erheben 5. Kosten sind geringer als bei einer Anklage. Bei Anklage wird Zivilklage beurteilt 6. Mit Strafantrag wird Forderung geltend gemacht, Art. 126 ff stopp, genau beziffern, Art. 119, 122 7. Mit Strafbefehl geht's rascher als bei Gericht 8. Nein, art. 338 stopp: Dispensation 9. Sie kann Klage noch beim Zivilgericht geltend machen. Frist von 3 Monaten 10. Schwere Körperverletzung, hinreichender Tatverdacht, 309 I a: Voruntersuchung 11. Gehe vor Ort, mache Augenschein, erhebe Beweise, frage Vorgesetzten, Einvernahmen 12. Zwangsmassnahme (bräuchte konkreten Tatverdacht), Editionsbegehren 13. Nein, Interesse 14. Sta ist Polizei vorgesetzt 15. Ja 16. Ausstandsgründe 17. 311 18. Beschwerde. Könnte anderer Verfahrensbeteiligter sein => Beschwerde ans Obergericht 19. Öffentlichkeitsprinzip mit Geheimnisvorbehalt 20. Sinn der Zusicherung ist Schutz der Anonymität 21. 22. Telefonkontrolle ist Zwangsmassnahme, Art. 269. Sämtliche Telefonate wurden überwacht und nicht konkrete Person. Fishing expedition, unverwertbar

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
ZPO/SchKG	Markus	<p>Fall: Skifahrerin hat neue Ski mit Sicherheitsbindung gekauft. Sie fährt auf Piste. Piste ist eng eingefasst mit Holzstämmen. Sicherheitsbindung geht auf. S. erlitt starke Prellung an Schulter => prallte an Holz.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gegen wen kann sie vorgehen? Aus welchem Rechtsgrund? 2. Wenn Betreiber nicht Eigentümer ist 3. Wen klagen sie an? 4. Streitgenossenschaft? 5. Wie siehts mat. Rechtlich aus? Internes Verhältnis zwischen den Haftpflichtigen. Kann sie Verkäufer auf vollen Betrag einklagen? 6. Aber vorhin haben sie gesagt, dass sie beide einklagen können 7. Kann sie nur gegen Betreiber klagen? 8. Dieser Skiverkäufer wird von ihr in Anspruch genommen. Sagt, hat Bindung nicht selber gemacht 9. Vss Streitverkündung? 10. Skiverkäufer hat Streit verkündet. Skiverkäufer verliert Prozess. Muss Schadenersatz zahlen. Was hilft dieses Urteil um gegen Hersteller vorzugehen? 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Gegen Verkäufer. Sicherheitsbindung sollte nicht aufgehen. 97 OR Kaufvertrag. Holzstämmen war eng. Aber nein, falls doch, wäre ausservertraglich 41 OR. Sie wäre auch auf offener Piste gestürzt. Würde nach art. 41 R vorgehen. Werkeigentümerhaftung, fraglich ist, wer Werkeigentümer ist. Werk liegt vor, von Menschenhand geschaffen. Mangel: zu eng gebaut 2. Problem mit Passivlegitimation Geschäftsherrenhaftung 41 OR: Schaden, Widerrechtlichkeit, Kausalzusammenhang. Kausalität ist am schwierigsten zu behandeln. Ohne Holz wäre sie runtergefallen. Problem weil Bindung sich gelöst hat. 3. Ich klage beide an. 4. Einfache Streitgenossenschaft, gleichartige Tatsache, gleiche Verfahrensart 71 II ZPO, gleiche sachliche Zuständigkeit (steht nicht im Gesetz) 5. Solidarische Haftung. Glaube nicht, nicht vertraglich 6. Sie darf nicht bereichert sein 7. Ja, dieser wird Regress nehmen, 51 OR 8. Kann Streitverkündung gegen Hersteller machen 9. 78 ff. ZPO, 79 Prozesstandschaft 10. 77 ZPO. Hersteller muss Urteil gegen sich wirken lassen

Datum:

Uhrzeit:

Zimmernummer:

Prüfungsfach	Examinator	Fragestellung	Antwort
Steuerrecht	Giger	<p>Fall: M ist Alleinaktionär der M AG. Hält Aktien in Privatvermögen. M hält T AG. Beteiligung von 700 in Bilanz. Verkehrswert 3 Mio, Gestehungskosten 1 Mio. Jahresgewinn 220 von T AG. Dividende von T im Betrag von 220 an M AG</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Steuer? 2. Was ist, wenn M AG 500 an Aktionär ausschüttet? 3. T. schüttet an M AG aus, Steuer für M AG? 4. Weshalb hat Gesetzgeber Beteiligungsabzug zugelassen? 5. Kann Aktionär auch Beteiligungsabzug geltend machen? 6. Wann kann M AG Beteiligungsabzug zulassen? 7. Wie funktioniert Beteiligungsabzug von 220 genau 8. Nettobetrag ist 200 her, wie weiter? 9. Wann macht es einen Unterschied? Wird Lösung kritisiert? Annahme Verlust von 500. Verlust nur noch 300 nach 200 Dividende 10. M AG schüttet an M aus 11. Bund unterschied ob PV oder GV? 12. Verrechnungssteuer T AG an M AG 13. Wie geht Verrechnungssteuer? 14. Wann Meldeverfahren? 15. 26a anschauen, welche Frist muss beachtet werden? 16. Ist Verrechnungsverfahren von M AG an M geschuldet? 17. M AG veräussert Beteiligung zu 3 Mio 18. Ist die ganze Differenz mit dem Beteiligungsabzug freizustellen? 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Ausschüttung hat für T keine Folgen 2. Keine Steuer 3. Kanton: Beteiligungsabzug, 96 STG Bund: 69 DBG 4. Wirtschaftliche Doppelbelastung 5. 6. 96a Stg 7. 97 StG: anteilige Finanzierungskosten abziehen 8. Im Verhältnis zum Reingewinn = 2/3 9. Beteiligungsertrag ist 0. Verluste werden vernachlässigt, werden zur Verrechnung gebracht 10. Hält sie in PV => muss zu 60% im Bund versteuern. 24 c Teilsatzverfahren 42 III StG 11. PV: 20Ibis => 60 % 12. 5 Vstg: keine Ausnahme => Verrechnungssteuer von 35% 13. Muss überwältzt werden. Meldeverfahren. Aufrechnung ins Hundert 14. 24, 26a 15. 30 Tage innert Fälligkeit 16. Ja, kürzt Dividende um 35% und liefert sie eidg. Steuerverwaltung ab. M kann sie zurückfordern 17. Stille Reserven => Buchwertprinzip. Erlös – Buchwert = Steuer. Kann Beteiligungsabzug geltend machen. 97 IV 18. Erlös 33 Mio, 1 Mio Gestehungskosten auf 200 kann Beteiligungsabzug